

Ulrich von Alemann · Claudia Münch (Hrsg.)

Europafähigkeit der Kommunen

Ulrich von Alemann
Claudia Münch (Hrsg.)

Europafähigkeit der Kommunen

Die lokale Ebene in der
Europäischen Union



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage Dezember 2006

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006

Lektorat: Frank Schindler

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in Germany

ISBN 978-3-531-15262-2

Inhalt

Inhalt

Vorwort des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen *Michael Breuer* 9

Vorwort des Leiters der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland *Dr. Gerhard Sabathil* 10

Ulrich von Alemann und Claudia Münch
Einleitung – Steigerung der kommunalen Europafähigkeit 16

Kapitel 1: Die kommunale Ebene in der EU

Uwe Zimmermann
Die Europäische Verfassung – Eine Bilanz aus kommunaler Perspektive 25

Helmut M. Jahn und Rolf Derenbach
Der Ausschuss der Regionen (AdR) und die Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips zugunsten der Regionen und Kommunen 48

Heinrich Hoffschulte
Kommunen in Europa – Die bürgernahe Basis in einem „Europa der vier Ebenen“ 58

Rolf Derenbach
Die stärkere Einbindung der lokalen Gebietskörperschaften in das europäische Aufbauwerk: Partnerschaft im Modell der „multilevel governance“ statt zunehmender Entfremdung 77

Kapitel 2: Auswirkungen europäischer Politik auf die lokale Ebene

Hans Georg Fischer
Die Rolle des europäischen Gemeinschaftsrechts in der kommunalen Verwaltungspraxis 105

| | |
|---|-----|
| <i>Jörn Timm</i> Die Reform der europäischen Strukturpolitik aus kommunaler Sicht | 119 |
| <i>Eberhard Waiz und Deniz Alkan</i> Kommunale Gestaltung der Daseinsvorsorge im Europäischen Binnenmarkt | 131 |
| <i>Sonja Witte und Klaus M. Nutzenberger</i> Die Auswirkungen des europäischen Umweltrechtes auf die kommunale Ebene | 153 |
| <i>Marco Kuhn</i> Öffentlich-private Partnerschaften – Eine Bestandsaufnahme aus kommunaler Sicht | 165 |
| <i>Rainer Plassmann</i> Liberalisierungsmaßnahmen im Energierecht und ihre Auswirkungen auf die Kommunen | 183 |
| <i>Harald Pfeiffer und Andreas Salewski</i> Die Europäische Beschäftigungsstrategie und ihre lokale Dimension | 194 |
| <i>Kay Ruge</i> Überregulierung aus Brüssel – Maßnahmen zum Bürokratieabbau | 210 |
| <i>Stephan Keller</i> Einfluss des europäischen Vergaberechts auf die kommunale Aufgabenerfüllung | 223 |
| <i>Almut Metz und Sarah Seeger</i> Das Weißbuch der Europäischen Kommission für eine europäische Kommunikationspolitik und die kommunale Ebene | 233 |
| Kapitel 3: Tätigkeitsfelder kommunaler Europaarbeit | |
| <i>Frieder Wolf</i> Europakompetenz in der Stadtverwaltung: Die Europaarbeit der Stadt Köln | 251 |

Ruth Harte

Europakompetenz in der Kreisverwaltung: Das Europabüro Rhein-Kreis Neuss 269

Regina Blania

Beteiligung an europäischen Förderprogrammen – Von der Antragstellung bis zur Durchführung 289

Annette Kranz und Peter van Toorenborg

Die Stadt Düsseldorf als Mitglied in Netzwerken und Verbänden – Erfahrungswerte 322

Kapitel 4: Kommunale Interessenvertretung

Walter Leitermann

Kommunale Interessenvertretung im Rahmen des Rates der Gemeinden und Regionen Europas 333

Tanja Struve

Die Bürogemeinschaft Europabüro der kommunalen Selbstverwaltung – Lobbyarbeit in Brüssel 339

Claudia Münch

Optionen der kommunalen Interessenvertretung 356

Kapitel 5: Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Jens Gabbe

Grenzübergreifende Zusammenarbeit – Eine politische Priorität der EU 383

Thomas Fiedler

Regionale Vernetzung – Innovative Städtekooperationen 395

Dietmar M. Woessler

Städtepartnerschaften in neuem Licht 412

Kapitel 6: Kommunale Europaaktivitäten in anderen Mitgliedstaaten der EU*Tobias Kogge*

Die Kommunale Selbstverwaltung in Polen 437

Sandra Dieterich

Stille Zuschauer oder aktive Mitgestalter? Zur Rolle französischer Kommunen in Europa 444

Kludia Köhn

Von Reformen und Begriffsverwirrungen – Tschechiens lokale und regionale Ebene auf dem Weg in die europäische Mitbestimmung 458

Kapitel 7: Schlussbetrachtungen*Ulrich von Alemann und Claudia Münch*

Europa als Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraumes? 479

Weiterführende Literatur 498

Autorenverzeichnis 503

Vorwort des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen Michael Breuer

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat sich zum Ziel gesetzt, die Europafähigkeit der Kommunen zu stärken. Nun erntet man aber, wenn man im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern den Begriff „Europafähigkeit“ verwendet, nicht selten fragende Blicke. Tatsächlich wurde dieser Begriff bislang noch nicht eindeutig definiert. Gemeint ist die Kompetenz, europäische Politik mit zu gestalten, die Fähigkeit, den europäischen Gedanken kompetent zu kommunizieren, das Wissen darum, welche europäischen Förderprogramme existieren und wie Förderanträge mit Aussicht auf Erfolg beantragt werden können und nicht zuletzt die Kenntnis darüber, welche europäischen Vorschriften im laufenden administrativen Geschäft zu beachten sind.

Schon aus diesen vier Dimensionen wird deutlich, dass die Beschäftigung mit der Europäischen Union nicht nur eine Sache des Bundes oder der Länder ist, Europa ist auch eine Angelegenheit der Kommunen. Sie nehmen viele staatliche Verwaltungsaufgaben vor Ort wahr, und sie sind in vielen Angelegenheiten die ersten Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger.

Vor allem die größeren Städte haben die Bedeutung der EU im kommunalen Alltag erkannt, und sie haben gehandelt: durch den Aufbau von Europabüros, durch die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und durch die Bildung von und die Beteiligung an Netzwerken auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Viele kleinere Städte und Gemeinden haben sich zusammen getan, um gemeinsam Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger und „europäische Kompetenzzentren“ zu bilden.

In vielen Gesprächen, die ich mit Vertretern der Kommunen und der kommunalen Spitzenverbände geführt habe, hat sich gezeigt, dass es viele gute und erfolgreiche Ideen und Initiativen einzelner Städte und Gemeinden gibt, von denen auch andere profitieren könnten. Deshalb ist es Sinn des vorliegenden Buches, nicht nur für die kommunale Dimension Europas zu sensibilisieren. Die vielen best-practice-Beispiele sollen darüber hinaus dazu dienen, voneinander zu lernen und noch stärker als bisher miteinander über europapolitische Themen ins Gespräch zu kommen. Wenn dieses Buch Anstöße geben würde für die Bildung neuer interkommunaler europapolitischer Netzwerke, dann wäre das ein guter Erfolg.

Vorwort des Leiters der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland Dr. Gerhard Sabathil

Europa vor Ort – Warum Kommunen für Europa wichtig sind

Kommunalpolitik und Europapolitik sind direkt miteinander verwoben. Europas Städte, Gemeinden und Landkreise sind für die Europäische Kommission außerordentlich wichtig. Sie sind in Deutschland neben der EU, dem Bund und den Ländern die vierte Verwaltungsebene und bilden damit eine unmittelbare Brücke zu den europäischen Bürgerinnen und Bürgern. In Deutschland ist das gesellschaftliche Leben in 12.365 Städten und Gemeinden organisiert. Deutsche Kommunen sind europäisch aktiv und betroffen zugleich. Wer, wenn nicht die Kommunen, kann dafür sorgen, dass Europa auch wirklich dort ankommt, wo es sich im täglichen Leben der Bürger und Unternehmen abspielt? Es sind die Städte, Gemeinden und Landkreise, die den direkten Zugang zu Bürgern und Unternehmen vor Ort haben und als Scharnier zwischen der EU und den Bürgern wirken. Die kommunale Ebene ist die Keimzelle für das Zusammenleben in Europa. Das Leben in Europa ist urban geprägt. Rund 60% der Bürger leben in größeren Ballungsräumen mit mehr als 50.000 Einwohnern. Städte sind Zentren des Wirtschaftswachstums, können aber gleichzeitig mit geballten ökonomischen, sozialen und ökologischen Schwierigkeiten konfrontiert sein.

„Einheit in Vielfalt“ – nirgends ist der Leitspruch der EU so treffend wie bei den Städten und Gemeinden. Denn so bunt und vielseitig europäische Kommunen sind, so vielschichtig ist auch ihre rechtlich-politische Stellung in den einzelnen Mitgliedstaaten. Selbständig verwaltete deutsche Gebietskörperschaften stehen beispielsweise zentraler verwalteten französischen Départements gegenüber. Europas Kommunen unterscheiden sich nicht nur in ihren Aufgabenstellungen voneinander. Insbesondere sind sie in ihrer Stellung innerhalb des Staatsaufbaus und dem Grad ihrer Autonomie miteinander kaum vergleichbar. In Deutschland haben Kommunen eine besondere Stellung inne: Die gemeindliche Selbstverwaltungsgarantie des GG gibt den Gemeinden die Zuständigkeit für alle Aufgaben, die im gemeindlichen Zusammenleben wurzeln.

Trotz aller standortpolitischen Unterschiede leisten Europas Kommunen einen wichtigen Beitrag zur europäischen Verständigung und Einigung und einer aktiven europäischen Bürgerschaft. „Einander besser kennen und verstehen lernen“, lautete die ursprüngliche Idee für Städtepartnerschaften, die in Europa kurz nach dem Zweiten Weltkrieg entstand. Heute bringt die Initiative Städte und

Kommunen aus ganz Europa zusammen und sorgt für eine enge Verbindung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Für den europäischen Einigungsprozess sind die über 5.000 Städtepartnerschaften in Europa ein wichtiger Baustein. Sie sind ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie Bürgerinnen und Bürger die Integration Europas auf lokaler Ebene vorantreiben können. Daher fördert die EU Städtepartnerschaften durchschnittlich mit bis zu zehn Millionen Euro im Jahr. Partnerschaften fördern den Austausch unterschiedlicher Erfahrungen und eröffnen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihren kulturellen und gesellschaftlichen Horizont zu erweitern. Reichtum und Vielfalt des kulturellen Erbes in Europa manifestieren sich überwiegend in Europas Städten.

Ein weiterer wichtiger Baustein zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Identität ist die Idee der „Kulturhauptstadt“, die seit 1986 besteht. Was als europäische Kulturinitiative im Kleinen begann, wird mittlerweile als Investition in die kulturelle Infrastruktur gefeiert, mit nicht zu vernachlässigenden wirtschaftlichen Vorteilen für die Prämierten. Das Beispiel Essen, der Kulturhauptstadt 2010, wird dies erneut bestätigen, da auch das regionale Umfeld nachhaltig miteinbezogen werden soll. Um Kulturen und Länder in Europa einander näher zu bringen und sich auf die gemeinsamen kulturellen Wurzeln zu besinnen, ist gerade nach der Osterweiterung und vor dem Hintergrund der Ratifizierung einer europäischen Verfassung die kulturelle Dimension der lokalen Ebene von größter Bedeutung.

Kommunales Selbstbewusstsein erlebt spätestens seit den 80er Jahren auch auf europäischer Ebene eine politische Renaissance. Nicht nur, dass sich die Europäische Kommission für eine effektive Beachtung und Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der Europäischen Union einsetzt. Das Prinzip besagt, dass Entscheidungen stets auf der niedrigstmöglichen Verwaltungsebene und somit in größtmöglicher Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern zu treffen sind. Bisher wichtigstes völkerrechtliches Dokument aus kommunaler Sicht ist die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung (ECKS) des Europarates von 1985. Die Charta wurde von fast allen EU-Mitgliedstaaten – auch von Deutschland – völkerrechtlich verbindlich ratifiziert. Sie ist aus Sicht der EU-Kommission eine wichtige Grundlage für die Stärkung der lokalen Demokratie im Integrationsprozess der Europäischen Union. Die Europäische Union ist seit dem Maastrichter Unionsvertrag 1992 den Weg der kommunalen Selbstverwaltung weitergegangen. Im Entwurf für einen Verfassungsvertrag sind unter Berücksichtigung der unterschiedlich gewachsenen Strukturen in Art. I-11 Abs. 3 die Prinzipien Bürgernähe, Subsidiarität und kommunale Selbstverwaltung – erstmalig auf EU-Ebene – verankert. Erstmals werden die lokale und die regionale Ebene als Bezugspunkte für das Subsidiaritätsprinzip genannt. Die kommunale Selbstverwaltung wird als Bestandteil der nationalen Identität der Mitgliedstaaten anerkannt.

Grundsätzlich sind damit Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

Brüssel beeinflusst viele kommunalpolitische Fragen – zwei von drei europäischen Gesetzen greifen direkt in das Leben vor Ort ein. Über 60% aller kommunalrelevanten Gesetze und Verordnungen entstehen heute auf EU-Ebene: Sei es im Bereich der Energie- und Umweltpolitik, der Abfall- und Abwasserentsorgung, bei der kommunalen Daseinsvorsorge, den Strukturfonds oder einheitlichen Regeln bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Besonders im Bereich Umweltschutz, Lebensmittelkontrolle und Veterinärrecht wird deutlich, dass EU-Entscheidungen nur greifen, wenn auf kommunaler Ebene die entsprechende Umsetzung erfolgt. In der Regel treffen europäische Gesetze nicht unmittelbar kommunale Gebietskörperschaften. Vielmehr erfolgt die europäische Rechtssetzung mittels Richtlinien, die den nationalen Gesetzgeber zur Umsetzung in innerstaatliches Recht verpflichtet. Kommunen müssen ihrerseits EU-weit öffentlich ausschreiben, wenn Aufträge im Straßenbau, bei der Verlegung von Kabelnetzen oder für Kläranlagen, ein bestimmtes Volumen bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen überschreiten. Das Europa der Kommunen steht im Spannungsfeld zwischen europäischem Binnenmarkt und Wettbewerbsvorschriften einerseits und den Strukturen der kommunalen Daseinsvorsorge in Deutschland andererseits. Städte und Gemeinden sind Dienstleister im Interesse des Gemeinwohls und decken die Grundbedürfnisse der Zivilgesellschaft ab. Gleichzeitig kommt ihnen eine wichtige Rolle bei Europas Wettbewerbsfähigkeit zu. Städte und Gemeinden in Deutschland, aber auch in den anderen europäischen Staaten, äußern ihre Sorge, dass durch die Maßnahmen der Europäischen Kommission, bestärkt durch wegweisende Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes etwa im „Altmark Trans“-Urteil zu Beihilfekontrollen im öffentlichen Personenverkehr, die kommunale Daseinsvorsorge als unverzichtbarer Teil der gemeindlichen Selbstverwaltungsgarantie ausgehöhlt und beeinträchtigt werden könnte. Dessen ungeachtet profitieren Europas Kommunen von dem gemeinsamen Binnenmarkt. Er fördert die regionale Wettbewerbsfähigkeit der Kommunen und ermöglicht gezielte Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation. Schätzungen der EU-Kommission zu Folge hat der Binnenmarkt seit 1993 2,5 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen und einen zusätzlichen Wohlstand von über 800 Mrd. Euro erzeugt.

Umso mehr gilt es, die Interessen, Bedürfnisse und Forderungen der Städte und Gemeinden in Europa ernst zu nehmen und sie bereits am Anfang des europäischen Entscheidungsprozesses einzubeziehen. Mit der Errichtung des Ausschusses der Regionen (AdR) seit 1994 setzt die Europäische Union ihre in der Präambel zum Maastrichter Unionsvertrag formulierte Absicht um, „den Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas weiterzuführen“. Die wichtigste Aufgabe des Ausschusses der Regionen ist die Erarbeitung von

Stellungnahmen, in denen herausgehoben wird, in welchen Punkten der Ausschuss mit den Vorschlägen der Europäischen Kommission übereinstimmt und in welchen Punkten er Änderungen für notwendig hält. Die Stellungnahmen des AdR sind für die Europäische Kommission Information und Ratschlag zugleich. Seit ihrer Gründung im Jahre 1951 äußert zudem die größte Organisation der lokalen und regionalen Regierungsebene in Europa, der europäische Spitzenverband „Rat der Gemeinden und Regionen Europas“ (RGRE) und seine deutsche Sektion, erfolgreich seine Interessen in Brüssel. Die fachpolitischen Gespräche etwa zur Reform der Strukturfonds und zu den Perspektiven der ländlichen Entwicklung in Europa stoßen bei der Europäischen Kommission auf offene Ohren.

Die Europäische Kommission unterstützt Kommunen und Regionen aktiv durch die Vergabe von EU-Fördermitteln. EU-Regionalkommissarin Danuta Hübner hat jüngst ein Strategiepapier zum Thema „Kohäsionspolitik und Städte: der städtische Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen“ vorgelegt. In diesem Papier wird eine Agenda für die Förderung eines stärker integrierten Ansatzes zur städtischen Entwicklung aufgestellt, der zu mehr Wachstum, Beschäftigung, sozialer Einbeziehung und einer besseren Umweltqualität führen soll. Die Vorschläge sind Teil einer reformierten Politik der EU-Kommission zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in Europa. Im Zeitraum von 2007-2013 sind dafür 34% der Mittel vorgesehen. Die EU-Kommission spricht sich dafür aus, lokale Partner stärker als bislang mit der Umsetzung der Strukturförderprogramme durch die Mitgliedstaaten zu betrauen. Die Regionalpolitik der Europäischen Union basiert auf dem Prinzip der finanziellen Solidarität. Ein Teil der Beiträge der Mitgliedstaaten zum Gemeinschaftshaushalt wird an benachteiligte Regionen und soziale Gruppen umverteilt. Deshalb ist die europäische Regionalpolitik, die von den europäischen Strukturfonds und dem europäischen Kohäsionsfonds finanziert wird, Ausdruck der Solidarität unter den Menschen in der Union. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung der EU nach Osten. Hier sind Kommunen als Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ganz besonders gefordert. Je unwichtiger Grenzen in Europa werden, desto wichtiger werden die Grenzregionen und ihre Zusammenarbeit. Mit Blick auf die Globalisierung haben die Europäerinnen und Europäer keineswegs exakt die gleichen Chancen. Diese hängen stark davon ab, ob sie in einer florierenden oder einer benachteiligten Region, in einem dynamischen oder einem krisenbetroffenen Gebiet, auf dem Lande oder in der Stadt, an der Peripherie der Union oder in einem der zentralen Wirtschaftsstandorte leben.

Der europäischen Kommunalpolitik wird damit eine neue Dimension zuteil: Das Hauptziel der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung ist es, die Europäische Union zu einer der wettbewerbsfähigsten Wirtschaftszonen der Welt zu machen. Der Ausgangspunkt für dieses ehrgeizige Ziel sind die

Kommunen und Unternehmen vor Ort. Die Beschäftigungsmöglichkeiten, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Investitionen in innovative Technologien der E-Ökonomie hängen von den Wirtschaftsakteuren und den nationalen, regionalen und lokalen Behörden ab. Auch die Modernisierung von Politik und Verwaltung etwa durch elektronische Behördendienste, „eGovernment“, trägt vor Ort dazu bei, dass Bürokratie abgebaut, Investitionen in zukunftsweisende Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) ausgeweitet, Telekommunikationsnetze ausgebaut und Formen der aktiven Politikgestaltung für die Zukunft fit gemacht werden. „Global denken – lokal handeln“, damit kommt den Städten und Gemeinden nicht zuletzt eine Schlüsselrolle für nachhaltige Entwicklung auch im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes zu.

Und schließlich kommt den Kommunen bei der Vermittlung von europäischen Inhalten eine große Rolle zu. Im Laufe der letzten 20 Jahre ist die Europäische Union umgestaltet worden. Sie hat eine ganze Reihe von Aufgaben übernommen, die sich auf vielfältige Weise auf das Leben der Bürger vor Ort auswirken. Die Kommunikation der EU mit den Bürgern und die Vermittlung von europäischen Politikinhalt hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können. Die EU-Kommission hat im Oktober 2005 einen „Plan D“ für mehr Demokratie, Dialog und Diskussion auf den Weg gebracht, mit dem die Bürger in eine weitreichende Diskussion darüber eingebunden werden: Wofür steht die EU, wohin bewegt sie sich und wofür soll sie sich einsetzen? Ein partnerschaftlicher Ansatz ist dabei von grundlegender Bedeutung. Die Integration der Bürger in die Debatte über Europa und der Erfolg dieser Initiative steht und fällt mit den Schlüsselakteuren und damit auch den lokalen Behörden, den Städten und Gemeinden in Europa. Sie sind unsere strategischen Partner.

Im Jahr 2007 jährt sich die Unterzeichnung der Römischen Verträge zum 50. Mal. Anlässlich dieses Jubiläums organisieren das Auswärtige Amt, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Gebietskörperschaften eine bundesweite Informations- und Dialogkampagne über die Zukunft und den Mehrwert der EU. Unter dem Motto „Die EU ist 50 – 50 Städte sind dabei“ führt sie 2007 durch ganz Deutschland, darunter auch in 15 ostdeutsche Städte. Bereits 2006 sind 17 weitere Städte Ostdeutschlands in eine Informationstour über Europa eingebunden. Denn jüngste Umfragen haben gezeigt, dass ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger im europäischen Vergleich am wenigsten über die Europäische Union wissen. Gleichzeitig fragen besonders junge Ostdeutsche Informationen über Europa nach. Auf dem Programm stehen Diskussionsveranstaltungen zur EU, Simulationsspiele mit Jugendlichen, eine Ausstellung zur Europäischen Union und Informationsstände, die den Bürgerinnen und Bürgern eine Plattform bieten, ihre Wünsche, Ideen und Ängste zu äußern und mit kompetenten Gesprächspartnern zu diskutieren.

Dies wird eine gute Gelegenheit sein, europäische Themen vor dem Hintergrund der lokalen Rahmenbedingungen zu erörtern und nicht zuletzt, um einen lokalen Bezug zur EU-Politik herzustellen. Wer könnte dies besser leisten als die Kommunen selbst? Sei es bei der europäischen Kohäsionspolitik oder dem Dialog über die Lissabon-Strategie. Bürger, Kommunen und europäische Institutionen müssen bei Politikinitiativen auf EU-Ebene an einem Strang ziehen.

Auch und gerade vor diesem Hintergrund ist das vorliegende Buch zu verstehen. Die EU-Kommission in Deutschland möchte Städten und Gemeinden einen Leitfaden anbieten, damit sie ihre Europaaktivität ausbauen und sich fit für Europa machen können.